

# SOZIALWORT

## Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Saalkreis



Der „Sozialworte“ erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikationsorgan der sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen und amtliches Organ der Arbeiterbewegung. Schriftleitung: Dr. Wäckerle 6. Fernsprech-Anschlüsse Nr. 2405, 2407, 2605. Persönliche Ankunftsvermittlung mittags von 12 bis 14 Uhr. — Unentgeltlich eingehenden Manuskripten ist kein Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,20 und 0,30 Brl. Subskriptionspreis halbjährlich 2,10 Brl., für 6 Monate 2,10 Brl., für 12 Monate 4,20 Brl., Postzusatz 2,10 Brl., durch Postboten zugestellt 2,50 Brl., bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,40 Brl. — Einzelpreis 15 Pf. im Umkreis und 30 Pf. im Restekreis der Wäckerle. Druckerei: Dr. Wäckerle 6. Fernspr. 2405, 2407, 2605. Postkonto 2310 Erfurt.

### Die Zwiemel-Komödie

Leistungen der „neuen Staatsführung“

Wo ist der Genius, der einem Lustspieldichter den Stoff zu solchen Tragikomödien eingeworfen hätte, wie sie heute der Millon unter der „grundtätigsten neuen Staatsführung“ geradezu am Fleißband liefert?

Hätte sie eine Phantasie einen Fall Daubmann-Hummel erfinden können? Oder jene Szene vor dem Untersuchungsamt des Reichsjustizministeriums, als der Innenminister des Papen-Regimes vernommen wurde, auszufragen, ob sich der Herr Reichsanwalt in der historischen Sitzung des Reichstages rechtzeitig zum Wort gemeldet habe. Was antwortete Herr von Papen? Er selbst habe den entscheidenden Moment einer Wortmeldung erfaßt gehabt; er selbst habe gerade ansetzen wollen, bei dem Reichsjustizpräsidenten eine Wortmeldung für Herrn von Papen anzubringen, aber... beim Aufspringen vom Stuhl sei er, der Herr Reichsjustizminister, mit der Uhrkette im Pulsschloß hängen geblieben!

Sollen wir noch einmal von der über den Erdball ziehenden Hysterie sprechen, erzeugt von dem Zwiemel-Ertrag des Herrn Bracht? Doch ja! Die Zwiemel-Komödie ist noch nicht zu Ende. Am Mittwoch begann erst der zweite Akt.

Die „neue Staatsführung“ ist beim Ansehen angelangt, denn, daß der Zwiemel durchschlägt ist.

Katzenlich nur flüchtig. Die amtliche Meldung darüber lag: es sei eine Einladung zwischen dem Herrn Staatsminister und der beschwerdeführenden Industrie ergangen worden, damit, daß wohl der Zwiemel bestehen bleibt, aber daß nicht so schlimm, daß darunter die Fortschrittlichkeit des Vaterlandes leiden würde. Der Zwiemel liegt, wenn dem Mann auch nicht, daß wenn Bracht längst nicht mehr sein sollte, über seinen Zwiemel wird man lachen und sich amüßeln, national und international, denn viele Länder haben ihn bereits im Vorhinein aufgenommen.

Wahrlich, die antwortliche Gittlichkeitskommission, oder Staatsführung, wie sie sich nennt, hat ihre Sorgen!

Sie verpaßt jedem Deutschen seinen Zwiemel zur Hebung der Stille und sie will die Straßenwachen von der Straße zurück in die leeren Straßen der Städte bringen, nach dem alten Rezept: „was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß!“ Nur hinweg von der Straße, wohin täglich immer mehr Menschen von der Not und dem Hunger getrieben werden. Getrieben von einer untergehenden Wirtschaftspolitik, die zu erhalten und zu verewigen das Letztmögliche ist und das Ziel der Papen-Regierung, Erhaltung einer „Ordnung“ und ihrer sogenannten „Stillestille“, die von Schauer ergriffen wird, ob eines allzu weiten Rückenmarkes.

aber ruhig schlafen kann, obwohl Storkhut und Tuberkulose, Malaria und feuchtschmerzige, durch die Unterernährung verursachten Krankheiten, schreckliche Opfer fordern.

Empörung über die „amtlichen Dohle“, aber Empörung gegen den Hunger, gegen den Selbstmord selbst 85jähriger Greise: das wäre zuviel verlangt von den alleinigen Führern der christlichen Ideale, von einer „fortschrittlichen Staatsführung“, die Herr von Papen als die „göttlichste“ bezeichnet hat. Nicht nur die Dillinger sind über den deutschen Volk. Auch die Komödianten und die Komödianten, und wo die Hofnarren ihres Amtes wachen, da kann der Hof nicht fern sein. In Coburg hat er sich zur Zeit verarmelt. Eine Prinzessin Sophie hatel ihren Prinzen und alle abgetretenen Kronanwärter sind in der kleinen Reichsstadt eingetroffen. Wie Anno dunnemal haben sie sich wieder verarmelt, in Mainz und Gloria. Die Nazi-Stadtoberverwaltung hat in einem Budget-Antrag die Kosten für die Umsiedlung der Stadt übernommen. Ehrengefehrten an des hohen Pater führen sie zu Berg, die Glöden führen und die Dillinger tragen, Ehrenkompanien und Jagdscheit und alles: inmitten der tiefsten Armut!

Die Koburger Magistrat des Herrn

### Erst Sozialraub, dann adliges Wahltheater

# Rümmersliche Bestimmungen

## Die Feinde des Wohlfahrtsstaats „ergänzen“ die sozialen Leistungen

Die Regierung der Barone macht in einer am Mittwoch veröffentlichten Verordnung den Versuch, ihre Maßnahmen zu verbessern. Die Verordnung, die sich mit der „Verordnung zur Ergänzung von Sozialleistungen“ nennt, bringt zunächst für die Arbeitslosen eine wöchentliche Zulage zur Arbeitslosenunterstützung, die bis zum 1. April 1933 begrenzt ist. Es sollen Arbeitslose in den Lohnklassen 1 bis 6, die einen Familienzuschlag bereits beziehen, je nach der Zahl der zuschlagsberechtigten Angehörigen eine Zulage von 2 bis 4 Mark wöchentlich erhalten. Arbeitslose in den oberen Lohnklassen erhalten diese Zulage nicht; die qualifizierten Arbeiter und Angestellten gehen also leer aus. Aber auch bei den anderen Arbeitslosen muß gefragt werden, ob die Zulage jemals praktisch in Erscheinung treten wird, da ja trotz der Vorkehrung der Verordnung, daß die Zulage bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit außer Betracht bleiben soll, niemand die feststehende Gewerbeabgabe kann, nach dieser Verordnung wirklich zu zahlen.

Ein außerordentlich großes Durcheinander hat die bisherige Regelung der Arbeitslosenunterstützung durch die Bemessung der Unterstützung nach Ortsklassen und Lohnklassen verursacht. Die neue Verordnung will das Durcheinander dadurch etwas beheben, daß in Zukunft alle Orte, die mehr als 50 000 Einwohner haben, der sogenannten Sonderklasse oder der Ortsklasse 4 zugerechnet werden.

Das ist bei der Arbeitslosenunterstützung alles, was die Regierung selbst mit Rücksicht auf ihre

Wahlversprechen verantworten zu können glaubt. Es ist denn, daß man den Härtefond, der jetzt bei der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung in Höhe von sage und schreie 8 Millionen Mark errichtet werden soll, noch zu den „Ergänzungen sozialer Leistungen“ rechnet.

In der Krankenversicherung hatte die Rotterordnung vom Dezember 1931 die Verbesserungen praktisch beseitigt. Die neue Verordnung will zulassen, daß Krankenhospitälere für Familienangehörige und die Erhöhung des Hausgeldes auf den Geh des Krankengeldes durch die Zahlung wieder erfolgen kann, allerdings mit der die praktische Wirkung dieser Vorkehrung wieder ausbleibende Einschränkung, daß Entschädigungserhöhungen für diese Zwecke nicht erfolgen dürfen.

So gut wie nichts geschieht in der Unfallversicherung, da ja die Vorkehrung der Verordnung, daß Unfallrenten für Anfälle nach dem 31. Dezember 1931 nicht gezahlt werden sollen, nur der Zeitfolge Rechnung trägt, bis diese schon teilweise bereits im Laufe dieses Jahres vollzogen sind.

Die angebliche Milderung für die Kriegsoffiziere in der neuen Verordnung stellt sich ebenfalls bei näherem Zusehen als eine fast noch allzu große Entlastung heraus. Nach der Verordnung sollen beim Zusammenreffen von Versorgungsbezügen der Kriegsoffiziere mit Sozialrenten 25 Mark im Monat von der Einkommensgrenze freibleiben. Bisher ruht z. B. eine Invalidenrente von 40 Mark, wenn sie mit einer Kriegsopferrente von 80 Mark zusammenreicht. Im Zukunft bleiben von der Versorgungsrente 25 Mark

anrechnungsfrei; die Invalidenrente ruht aber trotzdem, da ja die verbleibenden 55 Mark Versorgungsrente immer noch mehr als die Invalidenrente ausmachen. Nur in den ganz seltenen Fällen, in denen durch den anrechnungsfreien Betrag die Versorgungsrente unter die Sozialrente sinkt, kann ein Teil der Sozialrente gezahlt werden.

Ebenso wenig praktische Bedeutung hat die Vorkehrung der Verordnung, die den Selbstverwaltungen in der Rentenversicherung die Möglichkeit schafft, die gesetzlichen Regelleistungen durch freiwillige Beiträge zu ergänzen.

Daß in der Invaliden- und in der Krankheitsversicherung solche Ergänzungen der Regelleistungen nicht möglich sind, liegt auf der Hand. Für die Angestelltenversicherung besteht diese Vorkehrung bereits seit der letzten Rotterordnung. Der Verwaltungsrat der Reichsversicherungsanstalt hat bereits im Hinblick entsprechende Beschlüsse gefaßt, so daß für diese Versicherung, für die die Bestimmung allein in Frage kommt, die neue Verordnung nichts Neues gebracht hat. Dabei könnte höchstens die Vorkehrung, daß die Einführung der Regelleistungen gestärkt, zu einer Verhinderung der Durchführung selbst der nicht sehr erheblichen Beschlüsse führen, die der Verwaltungsrat der Angestelltenversicherung bereits gefaßt hat.

Alles in allem: Die Regierung Papen wird sich irren, wenn sie meint, mit diesen kümmerlichen Bestimmungen, die praktisch so gut wie nichts bedeuten, ihre Möglichkeiten verbessern zu helfen.

# Nazis für Völkerverhaß — Volksnot bleibt!

## Da die thüringische Hitler-Regierung sonst nichts tut, macht sie in Außenpolitik

Weimar, 19. Oktober

Eigener Bericht

Im Anschluß des thüringischen Ministeriums für Volksbildung veröffentlicht der Nazi-Volksbildungsminister Wächter eine Verordnung, durch die der Völkerverhaß als Lehrfach eingeführt werden soll. Die Verordnung lautet:

„Es ist ordnen folgendes: In den beiden ersten Jahrgängen der Berufsschulen und in den Klassen Quarta bis Unterprima der höheren Schulen sind ab sofort in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten die Vertragsbestimmungen über die Gebietsabgrenzungen und die Abgrenzung und der Kriegsgeschichtsartikel 231 im Sinne dieser Verfügung eingehend zu behandeln. Von den Schulstellen aller Schulen des Landes haben in dem letzten Vierteljahr das Diktat von Versailles und der Gedanke des Kampfes dagegen beherrschend im Vordergrund des Gesichtsummerfeldes zu stehen. Zudem haben sich alle Schüler und Schülerinnen des letzten Schuljahrs den Wortlaut des

Artikels 213 einzuprägen, damit sein Inhalt in ihrem Bewußtsein dauernd lebendig bleibt und der Völkerverhaß dagegen zur höchsten Entfaltung kommt. Um die Erreichung dieses Zieles zu fördern, bestimmen wir schließlich, daß an allen Schulen von fünften Jahrgang an regelmäßig die letzte Wochenstunde mit folgendem Vortragsgespräch geschlossen wird. Ein Schüler oder der Lehrer sagt vor: „Hört den Artikel, den Deutschlands Feinde erlassen, um uns auf einig zu schänden.“ Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staaten durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgeworfen wurde, erlitten haben.“ Die Klasse hat darauf zu antworten: „Die deutsche Schande soll brennen in unseren Herzen bis zu dem Tage der Ehre und Freiheit.“ Und in diesem Umfang soll Deutschland gegenf...

### SA. erschießt Arbeiter

Flugblattverteiler der Roten Front heimtückisch niedergeschossen

Essen, 19. Oktober

Am Dienstagabend wurde das Mitglied der Roten Front Gannig, als er in der Nähe des Wassersturmes in der Oteler Straße Flugblätter verteilte, aus einer Gruppe heraus beschossen und durch einen Wundschuß in der Brust verletzt. Eine zweite Kugel durchschlug das Fenster einer benachbarten Wirtschaft. Zwei SA-Männer, die Schüsse aus einer Gruppe Schießgegnen abgegeben zu haben, wurden vorläufig festgenommen. Zur Aufklärung der Tat ist eine Vernehmung von 300 Mann angeordnet worden.

Schwede erstickt zwar in Schulden, die Schwertschloß hungern, aber Geld für die Wirtshausbesuche ist da!

Der Oberbürgermeister selbst Herr Nagel-Schwede, ließ es sich nicht nehmen, in Frau und Jünger ins Schloss zu fahren, das erlangte Paar zu trennen, und der erste Grundwunder kam von Herrn Hitler. „In dieser Ebeneheit“ hat Deutschlands Erreiter, hat der Führer zum Dritten Reich, seine Gefühle und Hoffnungen für

die Prinzen niedergelegt. SA. und SS. waren selbst von Berlin von dem Oberst für Jüngerhochzeit beordert, durften Spalter bilden, Ständchen bringen, Jodeln tragen und Hurra rufen: so führen die Komödianten und Sänger, die Kommandeure der Braunen Häuser ihren Kampf gegen die Barone und seinen Leute. Gemeinsam mit dem Stahlhelm fanden die SA-Leute.

Nazi-Schwede hielt die Begrüßungs-

rede und „die Fahne von Gott Wessell flatterte siegenreich“ vor 64 Prinzen und Fürsten, vor der hochzeitliche und den Hoffzungen!

Das ist der „revolutionäre“ Weg der sozialistischen Arbeiterpartei des Herrn Hitler. Ob Zwiemel oder Coburg, Papen oder Hitler, es ist das gleiche Zeichen für das gleiche Ziel: Reaktion und Rückschritt, Komödie und Volkverdrümmung. Im Zeichen des Zwiemel.

# Botschafter v. Hoersch verabschiedet sich

## Ministerpräsident Herriot dankt ihm im Namen Frankreichs

Eigener Bericht

Paris, 19. Oktober.

Ministerpräsident Herriot gab am Mittwoch den folgenden feierlichen Abschiedsbericht an den Botschafter v. Hoersch, an dem der Justizminister Renault, der Innenminister Chaumette, die Vorsitzenden der auswärtigen Ausschüsse des Senats und der Kammer, der französische Botschafter in Paris und die hohen Beamten der deutschen Botschaft und der Außenministerium teilnahmen.

Am Laufe der Veranstaltung richtete Herriot eine Ansprache an den Botschafter, in der er erklärte, Herr von Hoersch habe sich durch seine tüchtige Vertretung der deutschen Interessen, aber auch durch sein gerade Wesen und durch sein Bemühen für das französische Volk und die allgemeine Achtung in Paris erworben. Er habe in seiner zwölfjährigen Tätigkeit in Paris stets mit großer Hingabe für die Wiederannäherung zwischen

Frankreich und Deutschland gearbeitet. Hierfür sei ihm der Dank Frankreichs gelohnt.

Das Ziel der Wiederannäherung bleibe bestehen, und er, Herriot, glaube, daß es trotz aller Schwierigkeiten nicht unerreicher sei.

Der Ministerpräsident sprach dem Botschafter zum Schluß die besten Wünsche für seine weitere Aufbauarbeit aus und bat ihn, seine Freunde in Frankreich nicht zu vergessen, die ihm bereits die Treue bewahren würden. Als Abschiedsrede sprach Herriot über die Tätigkeit des Ministerpräsidenten dem Botschafter einen Tafelaufflass aus Sevrer-Porzellan.

von Hoersch dankte dem Ministerpräsidenten für die warmen Abschiedsworte und das ihm überreichte Geschenk. Er führte weiter aus, daß er während seines Aufenthalts in Paris sehr erheitert und kaum entwirrbaren Problemen gegenübergestanden habe, die aber stets doch gelöst worden seien. Er habe daher die Überzeugung, daß auch

die letzte politische Frage (die Gleichberechtigungsfrage) in befriedigender Weise geregelt werden könne und daß dann das vom Ministerpräsidenten getennzeichnete Ziel einer friedlichen Verständigung in große Nähe rüde. Der Botschafter schloß seine Rede mit dem Wunsch, daß die Welt von den kühneren Sorgen, die gegenwärtig auf ihr lasten, möglichst bald befreit sein möge.

Vor dem Essen hatte der Botschafter dem Ministerpräsidenten die ihm vom Reichspräsidenten verliehene Goethe-Medaille nach Zerlegungsurkunde überreicht. Diese Ehrung hat in Frankreich einen außerordentlich guten Eindruck gemacht. So sprach z. B. der „Paris-Sole“: „Es ist ein Zeugnis von großer Bedeutung, daß in einem Augenblick, in dem die erste politische Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und Deutschland fremden, der französische Ministerpräsident als Schriftsteller und Denker von der deutschen Regierung ausgezeichnet werden kann.“

# 'Nationaler' Eisenbahnschub

## Affentate, um seine Notwendigkeit zu beweisen

Eigener Bericht

Braunschweig, 19. Oktober.

In Berlin ist der hiesige Leiter des Reichsbahnpolizei der Eisenbahnen, Oberinspektor Neuf, aufgenommen worden, weil er an Eisenbahnenaffentaten beteiligt gewesen ist. Außerdem wurde ein Bahnpolizeibeamter festgenommen. Es ist anzunehmen, daß noch mehr Festnahmen erfolgen. Nicht weit entfernt von Magdeburg wurde ein Bahnpolizeibeamter zur Haft gelangt.

Vor zwei Jahren gefassten in Braunschweig Urteile von Eisenbahnenaffentaten, ohne daß man die Täter fassen konnte. Die Zerschlagung der Bahnanlagen geschah immer nur an Stellen, wo sich gerade keine Bahnpolizeibeamten aufhielten. Über 30 Kriminal- und Schutzpolizeibeamte waren ständig mit Hund und Unterweg, um die Eisenbahnanlagen zu kontrollieren. In einer Nacht wurde jedoch auf die Bahnpolizeibeamten geschossen. Der braunschweigische „Volkswacht“ behauptete damals schon, daß die Täter in dem Neben der Bahnpolizeibeamten zu suchen seien. Die Eisenbahndirektion Magdeburg hatte sich nämlich für diesen Dienst nur national zugeworbene Leute ausgewählt. Am liebsten wurden Stadthelfer und Nationalsozialisten eingestellt. Der Reichsbahnpolizeibeamte in Braunschweig und der Eisenbahndirektion Magdeburg, der Braunschweiger Kriminalpolizei setzte schließlich durch, daß sie die Oberleitung des Bahndienstes beauftragten erhielt. Mit diesem Tage hörten die Angriffe auf die Bahnanlagen auf. Es wurde keine Schiene mehr gelodert, kein Dreck mehr auf Schienen gelegt und auch nicht mehr auf fahrenden Zügen geschossen. Die Beamten hatten die Betroffenen benannt, um die Notwendigkeit des Bahndienstes zu beweisen.

# Sachsen und Reichsreform

Eigener Bericht

Dresden, 19. Oktober.

Der Sächsische Landtag nahm am Mittwoch einen sozialdemokratischen Antrag an, der sich gegen die Beitreibung wendet, die Reform der Reichsverfassung auf verfassungswidrigen Wege mit Hilfe des Reichsrats durchzuführen. Die sächsische Regierung wird in dem Antrag aufgefordert, in Berlin scharfsten Protest gegen verfassungswidrige Pläne der Reichsregierung zu erheben.

Der sächsische Ministerpräsident Schlot gab zu dem Antrag eine Erklärung ab, in der er heißt, auf seine Anfrage sei ihm von maßgebender Stelle erklärt worden, daß die Reichsregierung selbst noch keinen festumrissenen Plan habe. Für die Entlassung der sächsischen Regierung sei deshalb bisher keine auch nur einigermaßen sichere Grundlage vorhanden.

# Herriot hält an Genf fest!

Eigener Bericht

Paris, 19. Oktober.

Der auswärtige Ausschuss der Kammer nahm am Mittwochmorgen einen Bericht Herriots über die aus Brüssel ergehenden Beschlüsse an, die in seinem sehr umfangreichen Bericht u. a. erklärt haben, die französische Regierung halte daran fest, daß die Vierzehnstaatenkonferenz zur Prüfung der deutschen

Oberleitungsforderung in Genf, d. h. im Rahmen des Völkerverbundes, stattfinden.

Der Reichspräsident hat dem französischen Ministerpräsidenten die Goethe-Medaille zuerkannt. Die Medaille, die in Silber geprägt ist, zeigt ein Profilbild Goethes und auf der Rückseite eine allegorische Figur, während am Rande der Medaille lebend der Name des Empfängers eingraviert ist. Der Medaille liegt stets ein persönliches Begleitfahrschein des Reichspräsidenten bei.

# Die Arbeitsbeschaffung der Reichsbahn

## Finanzierung und Ausarbeitung des Programms beendet

Die Reichsbahn hat die Verhandlungen über die Finanzierung ihres Arbeitsbeschaffungsprogramms von 280 Millionen Mark beendet. Dieses Programm beruht darauf, daß der Reichsbahn rund 180 Millionen Mark Steuerumlage und der Bundesregierung zur Verfügung stehen und daß für weitere 100 Millionen Mark ihr eigener Kredit angelehnt werden soll.

Bei der Finanzierung wird davon ausgegangen, daß die Steuerumlage nicht an die Reichsregierung, sondern an die Bundesregierung überlassen werden kann. Die Zustimmung bis zur Fertigstellung der

Steuerumlage wird überbrückt werden mit Hilfe der neu erlassenen Reichsbahn-Beschaffungs-G. m. b. H. (R.B.G.)

Über die Einzelheiten des Arbeitsbeschaffungsprogramms wird noch folgendes mitgeteilt: Der über 180 Millionen Mark hinausgehende Betrag ist in erster Linie zum Einbau von aus früheren und noch laufenden Bestellungen herübernehmenden Oberbau- und sonstigen Stoffen bestimmt; auch sollen neben einigen zusätzlichen Beschaffungen weitere Maßnahmen für die dringenden notwendigen kleineren Arbeiten der Unterhaltung und Erneuerung der heutigen und möglichen Anlagen sowie gewisse Ausführungen der Neubauarbeiten damit gedeckt werden.

# Rüde für Nazilandfriedensbruch

## Vor dem Liegnitzer Sondergericht

Eigener Bericht

Liegnitz, 19. Oktober.

Das Liegnitzer Sondergericht verurteilte am Mittwoch mehrere SA-Leute wegen Friedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung aus politischen Motiven usw. zu geringen Gefängnisstrafen.

Am Abend des 26. Juni waren SA-Leute, die an einer Tagung in Summeritz teilgenommen hatten, nach Liegnitz alarmiert worden. Das Gerund brachte sie von drei Seiten in das „Dahms Haus „Güterhoff“ ein und fielen auf 20 Mann SA-Leute, die abgenommen beim SA-Stabs Reichsbannerkameraden der, misshandelten sie mit Zücheln, einer Faustkante, einer Saufamerab und blutüberströmte bestmögliche zusammen, während andere Gefährdungen davontrugen. Als die Wirtin die Nazis aufhorchte, das Satal zu verlassen, erklärten sie, sie habe gar nichts zu sagen, und was weiter passiere würde sie ja sehen. Der Staatsanwalt beantragte gegen die fünf SA-Leute 4 bis 10 Monate Gefängnis, zusammen 35 Monate Gefängnis. Das Gericht sprach einen Angeklagten frei, obwohl dieser von einem Reichsbannerkameraden einmündet als Mithäter erkannt worden war. Zwei Nazis wurden zu 3 Monaten, zwei zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

# Der gefällige SA-Mann...

Der während einer Autofahrt an dem Direktor der bulgarischen Getreidehandelsfirma Sofia, Krum Dimitroff, auf der Landstraße Wien-Salzburg verübte Mord ist nunmehr aufgeklärt. Täter ist der aus Leipzig stammende Kaufmann Georg Schürmer; außer ihm wurden seine Frau, der SA-Mann Chauffeur Goldh und sein Freund, die Sohn der Tat gerührt haben, festgenommen. Schürmer hat Dimitroff unter dem Vorwand geschäftlicher Besprechungen nach Deutschland gelockt und dann auf einer Autofahrt zwischen St. Pölten und Wien aus nächster Nähe mit einem Revolver erschossen. Die Leiche wurde in der Nähe von Eberbach, die mit ihrem Mördernamen Dally Koch hieß, in einem Studentenjagd lichte Bestellungen unterhalten, dann aber Dally Koch im Wald gelassen. Nach der Tat wurde der Leichnam von Schürmer und seiner Frau noch mehrere Stunden lang im Wald mitgeführt und schließlich in den Waldschutt gelassen. Der SA-Mann Goldh hatte sich als Chauffeur bereit gefunden, nachdem ihm von Schürmer erzählt worden war, daß es sich darum handle, einen gefährlichen Spion zu „erlösen“.

# Dapen vor dem Ausschuss

## Klepper in keiner Weise belastet / Dressepolitik der Dapen-Regierung

In der Mittwochmorgenmatschung des Klepper-Untersuchungsausschusses im Preussischen Landtag stellte der Vorsitzende nach, daß sich der Zentrumsgewählte Präsident Dr. Kaas sich mit dem Ministerpräsidenten einverstanden habe. Nach längerer Auseinandersetzung mit Vertretern der Preussischen über die Kistenvorteilung des Gefährlichen werden Reichstagsrat von Dapen und Staatssekretär Pland als Zeugen vernommen.

Der Vorsitzende fragte den Reichstagsrat, ob ihm etwas darüber bekannt sei, daß von dem Verlangensinstitut der „Röhmischen Volkzeitung“ der Görres-Haus „G. Aktien der „Germania“ indret mit Geldern der Preussische aufgetauft worden seien, angeblich um den entsprechenden Einfluß anderer Persönlichkeiten auszuüben. In diesem Zusammenhang sei von dem Großaktionär von Dapen gesprochen worden. — Reichstagsrat von Dapen: Mir ist in diesem Zusammenhang lediglich bekannt, daß ein Aktienpaket, das, soweit ich mich erinnern kann, im Besitz des ehemaligen Ministerialdirektors Dr. Spiederich sich befanden hat, damals verkauft wurde. Ich würde auch, daß dieses Paket zum Teil in den Besitz der Görres-Haus „G. gekommen ist. Welche Mittel und den Verkauf dieses Aktienpakets eingeleitet wurden, war mir damals unbekannt. Dieses habe ich erst im Zusammenhang mit den Nachrichten über die Preussische erfahren.

Abg. Ra u. (SPD.): Finanzminister Klepper hat sich am Dienstag vor dem Ausschuss auf ein gewisses Gebotnisrecht des Staates bei der Unterfertigung von Zeitungen berufen. Ist die Beteiligung an Zeitungen bzw. ihre Unterfertigung unter ihrer Regierung fortgesetzt worden, Herr Reichstagsrat? Können Sie vielleicht etwas darüber sagen, daß sich der Reichswehrminister an der „Tägliche Rundschau“ beteiligt hat? — Abg. Ra u. (SPD.): Können Sie den Inhalt von diesen Zweiten verfügbaren Mitteln sind für Zwecke der Pressebeeinflussung unter meiner Regierung einzelne Mittel aufgewandt worden. Die Gerüchte über die „Tägliche Rundschau“ sind mir aus der Presse bekannt, ich bewachte aber ihre Richtigkeit nicht. — Abg. Ra u. (SPD.): Haben Sie Nachforschungen darüber angestellt? Man spricht doch auch davon, daß die „Berliner Börsen-Zeitung“ mit öffentlichen Geldern unterfertigt worden ist, von Dapen: Ich habe keinen Auftrag, Reformminister zu sprechen. — Abg. Ra u.: Das ist eine merkwürdige Proga. Es handelt sich

doch hier nicht um Rapperbeträge, sondern um hohe Summen, für die die Steuerzahler aufkommen haben. — von Dapen: Ich stelle anheim, hierüber den Reichswehrminister zu befragen. Dally: Ra u.: Diese Anrede ist zu begrüßen. — Der Vorsitzende erklärte hierzu, daß der Ausschuss in dieser Frage später Beschluß fassen werde.

Abg. Gallat (Soz.): Auch ich habe an Herrn von Schlieker mehrere Fragen in dieser Hinsicht zu stellen. Es sind doch im Reichsstat verschiedene Dispositionsfonds ohne genaue Formulierung vorhanden? — von Dapen: Die Dispositionsfonds sind klar. Es gibt nur zwei Dispositionsfonds, aus denen Mittel an die Presse fließen könnten. Der eine Fonds ist der Fonds des Reichstagsrates in Höhe von 150 000 Mark, und der zweite der Fonds der Pressebeihilfe in Höhe von 50 000 Mark. Außer diesen beiden Dispositionsfonds gibt es keine. — Abg. Gallat: Sind in den letzten Tagen oder Wochen neue Käufe in „Germania“-Aktien durchgeführt worden? — von Dapen: Mir ist nichts bekannt. — Abg. Ra u. (SPD.): Der Minister für die Presse hat im Ausschuss erklärt, die Käufe der „Germania“-Aktien wären durchgeführt worden, weil Sie mit der Politik des Zentrums in Widerspruch geraten wären. Welches war die Ursache dieses Widerspruches? Haben Sie vielleicht damals schon Verbindungen mit den Deutschen aufgenommen? (Beizeiter.) — von Dapen: Ich habe keinerlei Aktienpakete der „Germania“ gekauft, um eine konzentrierte Einstellung in der „Germania“ zur Geltung zu bringen, für die ich 12 Jahre in der Zentrumspartei gearbeitet habe. Es ist sehr wohl denkbar, daß Herr Hirtfelder die Ansicht vertreten hat, daß es zwischen der Partei und mir zu Differenzen gekommen ist. — Abg. Ra u. (SPD.): Haben Sie bei dem Verkauf des Aktienpakets der „Germania“ keine Kenntnis erhalten, daß diese Aktien durch Staatsmittel erworben wurden? — von Dapen: Die Kenntnis habe ich leider nicht gehabt.

Inschließend wurde der Staatssekretär Pland vernommen. Auf die Frage des Abg. Ra u., ob die für Unterfertigung der Presse eingeleiteten Gelder auch für parteipolitische Zwecke verwendet werden könnten, erklärte der Zeuge, daß dieses im Ermessen des Reichstagsrates bzw. bei dem Fonds der Reichswehrstelle im Ermessen der Reichsregierung liege. Unter dem Gesichtspunkt der Verfassungsmäßigkeit erregte er hinzu, daß die gegenwärtige Regierung ebenfalls das Geld nicht in parteipolitischen Sinne verwenden und dies in ihrem Charakter begründet liege.

# Kein Feind des Arbeitervolkes?

## Auflösung einer SPD-Verammlung

Eigener Bericht

Wien, 19. Oktober.

In Wien ist im Belferwald wurde eine gut besuchte sozialdemokratische öffentliche Versammlung von dem wachsenden Oberlandläger aufgelöst, weil der Redner nach einer Kritik an der Wändener Rede des Herrn von Dapen in Umkehrung des bekannten Kaiserwortes sagte, daß — nachdem der Reichstag von Dapen mit 20 Pro. seiner Mitglieder das sächsische Wärdrauen bestrafen hat — herjenseit ein Feind des sächsischen Arbeitervolkes ist, der sich hinter diese Regierung der Barone stellt. Der Oberlandläger verbot dem Redner hierauf weiter zu reden wegen angeblicher Unzufriedenheit mit dem Reichstag (17) und löste die Versammlung auf. Gegen die unangenehmste Auflösung ist Beschwerde erhoben worden.

# Razi-Autarkie — Arbeitslose

Eigener Bericht

Braunschweig, 19. Oktober.

Die Razi-Entscheidungspolitik der Dapen-Regierung hat sich in die Hände der Nazis und der Nazis, die gefassten braunschweigischen Industrie- und Gewerbebetriebe der Razi-Entscheidungspolitik der Dapen-Regierung verurteilt. Infolge dessen werden 350 Arbeiter entlassen.

# Rindertragödie

In Johannthal bei Berlin machte ein 13jähriger Junge einen Selbstmordversuch; er wurde mit einer schweren Schußwunde im Kopf lebensunfähig aufgefunden. Der Knabe hatte es sich trübselig gemacht zu Herzen genommen, daß man ihn tags zuvor — ob zu recht oder unrecht — nach dem Mord an der Teilnahme an einem Einbruch diebstahl bestraft hatte.

# 13 jährige Brandstifterin

In Reggow (Uckermark) wurde eine 13jährige Mädchen unter der Beschuldigung vierfachen Brandstiftung festgenommen. Die Dreizehnjährige legte ein volles Geständnis ab.

# Auch die Frauen

haben heute die Zeitungen nötiger denn je. Der Kaufmann bietet seine Waren fast nur durch die Zeitung an. Welche Hausfrau wollte darauf verzichten, über günstige Einkaufsgelegenheiten unterrichtet zu sein!



### Was ist Marxismus?

Diese Frage beantwortet der Film „Des Vaters Schmach“, der Film vom Sein und Werden der menschlichen Gesellschaft. Es ist der erste Film, der das unsterbliche Gebiet des Marxismus behandelt. Der Film, der die ungeheuren Möglichkeiten der Möglichkeiten des Filmwesens zweifelsfrei für die Publizierung unserer Weltanschauung erprobt hat, ist eine wertvolle Ergänzung marxistischer Schriften.

Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, jeder denkende Mensch, ob Marxist oder auch Gegner des Marxismus, muß sich diesen Film, der am Freitag, dem 21. Oktober, im großen Saal des „Volkstheater“ läuft, ansehen.

Eintrittsstellen im Restaurant Gewerkschafts-Kaffee, „Volkstheater“-Buchhandlung und bei den Funktionären der Gewerkschaften zum Preise von 10 Pf. für Jugendliche und Erwachsene und 20 Pf. für in Arbeit stehende.

### Die Wacht ruft!

SW. Käte Plautz und erwerbslose Genossen mit Fahrzettel wollen sich heute abend um 1 Uhr im Zimmer 2 des Gewerkschafts-Kaffees zu einer Besprechung einfinden.

### Margarete Wahlpferd

Genossin 132 000 M. Reichszuschuß für Wohnungsinstandsetzungen in Halle.

Es ist viel agitatorisches Geschrei angestimmt worden über die Verordnung der Renten-Versicherung, daß Mittel für die Instandsetzung und Zuteilung von Wohnungen zur Verfügung gestellt werden sollten. Jetzt kommt der Reichstag für Halle: Bewilligt wurden ganze 11 000 M. für die Zuteilung von Wohnungen und den Umbau sonstiger Räume und 121 000 M. für die Instandsetzung von Wohnungen. Die Anträge für die Verwendung von Mitteln müssen vor dem Baubeginn an das Wohnungsamt, Großer Berlin 11, eingereicht werden.

Für eine Stadt von 200 000 Einwohnern sind 132 000 M. für den Wohnungsbau wirklich sehr bescheiden. Zudem ist jenseits der Verordnungen als auch in den Ausführungsbestimmungen klar ersichtlich, daß der kleine Hausbesitzer kaum etwas aus der Ausschüttung der Liebesgaben für die Hausbesitzer zu erwarten hat. Der Grundsatz der Rentenversicherung, dem, der schon genug hat, zu geben, kommt auch hier trotz zum Ausdruck. Die Mieter allerdings würden sehr rechnen, wenn sie glauben würden, daß die Schaffung von Wohnungen mit Reichszuschüssen ihnen billigere Mieten bringen würde. Der Rentenfuß geht andere Wege.

### Jugend und Politik

Die Jung-England die deutsche Jugend beurteilt.

Von den elf englischen Mädchen, die in diesem Jahre wieder von Frau Mittelschulrektorin Wernicke im Austausch nach Deutschland geschickt wurden, schickte eine 17jährige Londoner Schülerin einen Aufsatz über ihre in Deutschland gemachten Eindrücke an ihre Freunde in Halle, der u. a. folgende sehr interessante und bezeichnende Ausführungen enthält:

„Ich kann diese Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, ohne ein Wort über die Jugend zu sagen. Bitte verzeihen Sie, wenn ich sage, daß ich unsere Politik nicht verstehe. Denken Sie nicht, daß ich in Deutschland unzufrieden bin. Weit davon entfernt! Sie waren genau so freundlich wie unsere. Mein Einwand ist, daß in Deutschland die Politiken zu sehr wie Soldaten sind. Unsere Politiken erregen keine Feuerstürme — die einzige Waffe, die sie haben, ist ein Stoß. Es wird ein leichtes, freundlich zu ihnen zu sein und sie wie unsere Gleichgesinnten zu behandeln.“

„Ich hatte den Eindruck, daß die Jugend Deutschlands zu stark Interesse an Politik nimmt. Die meisten der jungen Leute haben ihre politische Partei gewählt, lange ehe sie Zeit gehabt haben, darüber nachzudenken, welche Politik sie für die beste halten. Sie haben scheinbar sehr engherzige Ansichten in politischen Fragen, die sie nehmen. Ich nicht die Zeit, alle Seiten richtig zu betrachten, sondern übereinstimmende Urteile die Ansicht ihrer Partei.“

Dieser bescheidene Brief schließt mit dem Wunsch, daß das Austauschsystem in größerem Maßstabe durchgeführt würde, und mit einem Gruß an die Hallenser.

### Im Gehaltstarifrecht in der mittel-deutschen Brauntobackwaren-Industrie

haben die Angestelltenverbände beim Reichs- arbeitsminister die Verbindlichkeitsklärung beantragt. Am 14. Oktober vom mitteldeutschen Schlichter erhalten Schlichterbescheid beantragt. Dieser Schlichterbescheid, der Gehaltstarif vom 18. Januar 1932 wieder in Kraft setzt, war bekanntlich von den Angestellten angenommen, von den Arbeitgebern abgelehnt worden.

### Schreckliche Autobuskatastrophe vor Halles Foren

## Autobus vom Zuge erfasst — 3 Tote

### Zahlreiche Verletzte - Unglücksursache: Eine beschädigte Schranke der Halle-Heilstädter Eisenbahn

Ein schweres Unglück ereignete sich Mittwoch nachmittag kurz nach 2 Uhr am Bahnübergang, der von der Eisleber Chauffee nach Passendorf führt. Dort fuhr die Lokomotive eines von Kietleben kommenden Personenzuges der Halle-Heilstädter Eisenbahn in den Omnibus-Wagen IM 61489, einer privaten Kraftfahrmaschine, wobei drei Menschen den Tod fanden. Die Getöteten sind: der Befahrer des Wagens, Emil Wädler aus Niederelblichau, der Lokomotivführer Otto Parthier, der in Halle, Mansfelder Straße 10, wohnt, und die 22 Jahre alte Frau Mäe Kirsch aus Bad Lauchstädt. Im Eisleberfrankenhaus wurden schwer verletzt noch der Fahrer und sieben Insassen des Omnibus eingeliefert, von denen jedoch zwei bald wieder entlassen werden konnten.

Überhaupt jemand ohne erhebliche Verletzungen davonkam. Kurz bevor die Eisenbahn den Befahrer des Kraftwagens Ernst Wädler aus Niederelblichau und der Lehrerin Mäe Kirsch den Tod.

Die ins Eisleberfrankenhaus gebrachten Verletzten sind: Hermann Rodtzer, Schödenberg; Walter Schulze, Krieglitz; Leopold Lützenborn, Oberelblichau; Frau Josephine Rodtzer, Bad Lauchstädt; Frau Auguste Stamenow, Charlottenburg; Antjegebilte Kurt Köhler, Bad Lauchstädt; Frau Jesta Bolze, Niederelblichau; Kaufmann Hermann Behre, Halle. Die Verletzungen dieser Personen sind nicht lebensgefährlich.

An der Unglücksstelle ereignete sich nach dem Zusammenstoß ein großes Beiseiteweichen, das in Gemeinschaft mit Bahnarbeitern die Bergung der Leuten und Verletzten vornahm und sich um die Säuberung der Eisenbahnstrecke bemühte. Auch die Absperrung der Unglücksstelle, die von hunderten umlagert war, bereitete nicht geringe Mühe.

### Die Unglücksursache

Die Schuld an dem Zusammenstoß wird man wohl bei dem Führer des Kraftwagens, Kirsch, der das Beiseiteweichen nicht beachtete, suchen. Aber auch der Bahnmittelmann muß man verantwortlich machen. Daß die Schranke defekt war, war nicht etwa ein besonderer Umstand, sondern ist, nach dem, was uns mitgeteilt wird, an diesem Bahnübergang recht oft der Fall. Erst am Abend zuvor war sie durch den starken Sturm wieder getrimmert worden. Offensichtlich sieht die Bahnmittelmann die Notwendigkeit ein, daß etwas für die Sicherung des Bahnüberganges durch Schaffung einer funktionierenden Schranke geschieht, die Kraftfahrer, die diese Strecke befahren, und die Passendörfer Einwohner empfinden das als dringlichste Aufgabe. Man muß der Bahnanleitung auch vorwurfslos machen, daß ein Schlichter der Bahnanleitung „vor der Unglücksstelle, das wohl richtig angebracht ist, wenn die Sicherung auch wirklich da ist, geltend nicht unrichtig gemacht wurde.“

Das Unglück gefehlt ist sehr traurig; aber noch wäre passiert, wenn nun noch von der Eisleber Chauffee ein Fahrgast genommen wäre? Man muß sich darüber im klaren sein, daß ein Bahnwärter nicht in der Lage ist, nach drei Zeichen hin die Signale zu geben. Um an den Signalen zu sparen, wird der einzelne Arbeiter überlastet. Das aber, ihr Herren Aktionäre und Direktoren, geschieht auf Kosten der Betriebsgefährdung.

### Schrankenwärter und Wagenführer

Beide bestritten jede Schuld. Der Führer des Unglückswagens, der Kraftwagenführer Kurt Kersch, und auch der Schrankenwärter Emil Wepff sind noch am selben Abend eingehend veranwortlich vorgenommen worden. Beide bestritten jede Schuld. Kersch behauptet, er habe ein Zeichen mit einer roten Fahne in den Händen Mann gesehen. Er habe diesen aber für einen Chauffeearbeiter gehalten und habe geglaubt, daß dort Steinarbeiten ausgeführt würden. Der Schrankenwärter behauptet, daß er eine Eisenbahnmaschine angehalten habe und abnungsmäßig mit der roten Fahne Zeichen gegeben habe, und zwar an dem ihm angezeigten Plage. Er habe nicht anders stehen dürfen, weil er die Sicht nach Halle, Kietleben und Passendorf haben mußte. Die Angaben werden zur Zeit eingesehen nachgeprüft.

### Der Schauplatz der Katastrophe

Die Unglücksstelle liegt etwa 1 Kilometer vom Heisterberg Bahnhof entfernt. Die Eisenbahngleise liegen neben der Prominalstraße in einem etwa 1 Meter tiefen Abhang. Daneben folgt eine neue tiefe Böschung, die etwa 4 Meter tief hinabführt. Unten liegen — an der Straßeneinfahrt werden sie durch einen Tunnel geleitet — die Gleise der Oberbahn der Halleischen Eisenbahn. Hier steht, eingeseilt von Eisleber Chauffee, Straße nach Passendorf und Eisenbahngleisen, ein kleines Wärterhäuschen der Halle-Heilstädter, von wo aus die Bahnstrecke beobachtet wird — b. h. wenn sie funktioniert, was nicht immer der Fall ist.

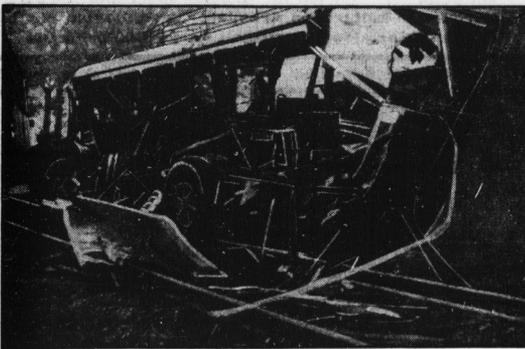
Gestern nachmittag war sie wieder mal nicht in Ordnung und deshalb stellte sich der Bahnwärter Wepff, der dort schon jahrelang seinen Dienst versieht, an der Bahnstation auf und wirkte mit einer Keinen reien Sprache. Durch dieses Signal sollten die aus Passendorf herankommenden Fahrgänge zum Halten veranlaßt werden, denn um diese Zeit kam die Bahn aus Kietleben heran, wo sie um 14.08 Uhr abgefahren war. Diese beiden wurden von den oben auf der Chauffee ankommandierten Fahrgängen, auch verkehrt, nur der blaueweiße gestrichelte Wärfel des Omnibus, der die Strecke von und nach Bad Lauchstädt befährt, fuhr weiter. Der Kraftwagenführer mochte vielleicht gedacht haben, es käme nur ein Zug aus Richtung Halle in Frage, von dem nichts zu sehen war. Nach 11 Uhr hatte er keine Sicht, denn da steht das große Ziegelgebäude der Halleischen Eisenbahn.

### So ereignete sich der Zusammenstoß

Die Lokomotive erfasste den hinteren Teil des Wagens. Der Anprall war so stark, daß der Kraftwagen im Winkel von 70 Grad herumgeschleudert und etwa 15 Meter mitgeschleift wurde. Der Wagen brachte die Lokomotive nach rechts ab in den 4 Meter tiefen Abhang. Nur dem Umstand, daß die Lokomotive rückwärts fuhr, war es zu danken, daß sie unten nicht wieder auf die Räder zu stehen kam. Schornstein ließ an dem Wärfelhäuschen hängen, so daß zuerst die Seite mit dem Führerhäuschen nach unten fiel und der Schwing nur mit einer Seite ausgehört wurde. Dem Heizer Wilhelm Klaus aus Halle, Kietzier 14, war es gelungen, noch abzuspringen, doch trug er Verletzungen davon. Die sehr ernst sind. Der Lokomotivführer Otto Parthier blieb in der Maschine, wo er schwere Verbrennungen davontrug. Er ist im Laufe der Nacht im Eisleberfrankenhaus gestorben. An der Lokomotive, die sich unten links in das Erdloch eingab, sind die äußerlichen Beschädigungen verhältnismäßig gering.

Furchtbare wurde der Omnibus zugerichtet.

Als Bestandteile, die hinter dem Motorraum kommen, waren zertrümmert, gestrandet und zerstreut. Unter Wärfel mochte das so gefährlich anstehend. Man kann sich gar nicht denken, daß in dem Raum für die Fahrgäste, der etwa 20 Menschen Platz bietet,



### Der kluge Mann baut vor!

Er steht beizeiten die Wählerliste ein.

Am 23. Oktober, also dem nächsten Sonntag, liegen die Wählerlisten für die Wahlmänner am 6. November aus. Wodentags können sie bis zum 9 bis 13 Uhr bis 13 Uhr und Sonntag von 9 bis 13 Uhr eingesehen werden. Die Auslegung erfolgt in der Aula der Wartenschule in der Oberelblichaustraße.

Es ist bringen zu empfehlen, daß jeder Wähler von dem Recht der Einsichtnahme Gebrauch macht. Das gilt insbesondere, wenn er seit der letzten Wahl verzogen ist oder aus anderen Gründen damals in einem anderen Wahlbezirk zuständig war. Beschwerden, die erst am Wahltag vorgebracht werden, werden zum großen Teil überflüssig sein, wenn sich jeder Wähler in der Zeit bis zum 23. Oktober davon überzeugt, daß sein Name in der Wählerliste enthalten ist und es etwaige Einprüche beiseiten vorbringt.

Dabei ist es auch möglich, daß andere Personen für einen Wähler prüfen, ob er in der Wählerliste angeführt ist. Wie das Oberverwal-

tungsgericht erst dieser Tage entschieden hat, darf die Prüfung der Wählerliste für andere Personen nicht bezweckt werden. Am 6. November ist es zu spät, die Hindernisse für die Zulassung zur Wahl zu beseitigen.

### Ich schwöre ...

Drei Weineidverfahren vor den Geschworenen.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die meisten Weineide in Alimentenprozessen geleistet werden. In der 2. Schwurgerichtsperiode, die augenblicklich tot, hatten sich die Geschworenen allein mit drei Weineidfällen dieser Art zu beschäftigen, die aber sämtlich für die Angeklagten sehr glimpflich verliefen, so daß in keinem Falle auf Sachstrafe erlassen zu werden brauchte.

Als erste hatten sich zu verantworten der Arbeiter G. und die Arbeiterin G. aus Riederbena. Hier handelte es sich darum, ob beide in der gesetzlichen Empfangniszeit miteinander geschlechtlich verkehrt hatten. Das war von beiden in einem Alimentenverfahren unter Eid bestritten worden, konnte ihnen aber nachgewiesen

werden. Die Frau wurde freigesprochen, während der Angeklagte G. lediglich wegen schlüssigen Falles über 4 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Im zweiten Falle mußte der Arbeiter Karl W. aus Rönner auf der Anklagebank Platz nehmen. Auch hier die gleiche Geschichte. In einem Alimentenverfahren war von ihm behauptet worden, daß er die Kindesmutter nur geringfügig gekannt habe, obwohl er in dem Hause der Frau fast täglich ein- und ausgegangen war. Bei ihm war es hart an der Grenze des Zweifelhaften, aber auch zu seinen Gunsten wurde schlüssiger Falles angenommen, so daß er nur neun Monate Gefängnis erhielt.

Eine Schwandgeschickliche sich den Arbeiter Hermann B. aus Riederbena mit den Ehefrauen gesehen in Konflikt kommen. In einem solchen Prozeß hatte er bestritten, daß er mit einer Frau Bertrud unterhalten habe. B. konnte der vorgenannte Ehefrau an der Seite gestellt werden und er kam mit sechs Monaten Gefängnis davon.

Wolfgang Halle. Heute abend 8 Uhr spricht im Hofsaal 18 der Unterstadt Dipl.-Ing. Sell (Dessau) über „Ägypten und Palästina von heute“ mit geschichtlichen Rückblicken. Karten sind noch zu haben.



„Fris Vogel oder Stieb!“

500 Prozent Bürgersteuer für 1933 oder keine Reichshilfe zur Wohlfahrtsunterstützung

Ein Volk erwacht

Unter diesem Titel bringt die Sozialistische Spielerei Merseburg am Sonntag, dem 24. Oktober, abends 8 Uhr, in der Festhalle der Ludwig-Jahn-Schule in Keuna im Rahmen der Kulturveranstaltungen des Kultur- und Gewerkschaftsvereins eine Reichsbühne in drei Akten (16 Bildern) heraus. Wir machen an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam. Wie wir hören, ist der Kartenverkauf schon weit vorgeschritten, es empfiehlt sich daher, rechtzeitig Karten zu besorgen, die in den Gewerkschaftshäusern und bei der Parteigeschäftsstelle sowie den Mitgliedern der Spielerei zu haben sind. Bei einer weichen Stunde (sozialistischer Erhebung in dieser schweren Zeit haben wir) verläumt nicht, sich die Aufführung anzusehen. Hier bringt die Sozialistische Spielerei von hundert bewährten Willen befehle, sich erkennen eine Aufführung heraus, die über den Rahmen des bisher Gebotenen hinaus dem sozialistischen Glauben Weite und Vertiefung geben soll. Ein eigenartiges, tiefes und mitreißendes Werk wird die Zuschauer in seinen Dämern gewinnen.

Der Magistrat hat für das Jahr 1933 die Bürgersteuer auf das fünffache des Bundesjahres erhöht, das Mindestmaß dessen, was die Reichsregierung verlangt. Er begründet diese Maßnahme wie folgt:

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1932 sieht eine Einnahme aus der Bürgersteuer von 150 000 M. vor. Zur Erzielung dieses Aufkommens war die Erhebung des dreifachen Landesjahres erforderlich, die auch vom Magistrat beschlossen war. Angewiesen sind die Bestimmungen über die Veranlagung und Erhebung der Bürgersteuer durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 5. September 1932 grundlegend geändert worden, so daß das im Haushaltsplan vorgesehene Aufkommen nicht mehr gefördert ist. Die neue Verordnung bringt bei der Bürgersteuer zwei Maßnahmen, die voneinander getrennt werden müssen, nämlich die Einführung eines besonderen Steuerwertjahres im Kalenderjahr 1932, das nunmehr rechtlich als Erhebung der Bürgersteuer 1932 bezeichnet wird, und weiter eine

Umkehrung der Bürgersteuer für das Erhebungsjahr des Rechnungsjahres auf das Kalenderjahr. Die Bürgersteuer 1932 wird nunmehr in den

Monaten Oktober bis Dezember 1932 und die Bürgersteuer 1933 vom 1. Januar 1933 ab vorläufig in 12 Monatsraten eingezogen.

Wichtig ist treten nach folgende Änderungen ein: Die Bürgersteuer 1932 darf nur in der Höhe der Hälfte des Steuerjahres erhoben werden, mit dem sie für das Rechnungsjahr 1931 eingezogen worden ist. Der Zuschlag von 50 Prozent, der nach den bisherigen Bestimmungen bei Verzinsungen für die Ehefrau zu machen war, bleibt unberührt. Die Steuerbeträge werden außerdem um 25 Prozent gekürzt. In den Fällen, in denen das Einkommen des Steuerpflichtigen im Steuerabchnitt 1931 gegenüber dem Einkommen im Steuerabchnitt 1930 um mehr als 50 Prozent zurückgegangen ist, ist die Bürgersteuer auf ein Drittel mindestens entsprechend den über 50 Prozent liegenden Hundertteilen des Einkommensrückganges zu ermäßigen.

Für die Bürgersteuer 1933 wird der Kreis der steuerpflichtigen Personen in der Rotverordnung neu umschrieben. Während bisher jede selbständige, auf eigene Rechnung lebende natürliche Person steuerpflichtig war, sind in Zukunft alle im Gemeindebezirk wohnenden natürlichen Personen steuerpflichtig.

Weiter war bisher bestimmt, daß allgemein nur diejenigen Personen als selbständig und auf eigene Rechnung lebend anzusehen seien, die mehr als 50 M. jährliches Einkommen haben. Seit dem 1. Januar 1933 sind die Einkünfte aller dieser Personen von der Bürgersteuer befreit, von denen nach dem Verhältnis zum fälligen Einkommen an dem gesamten Jahresertrag in dem Erhebungsjahr die Höhe der Bürgersteuer der allgemeinen Bürgersteuer nicht übersteigen darf. Der Betrag von 50 M. fällt also für alle diejenigen Personen von der Bürgersteuer befreit, von denen nach dem Verhältnis zum fälligen Einkommen an dem gesamten Jahresertrag in dem Erhebungsjahr die Höhe der Bürgersteuer der allgemeinen Bürgersteuer nicht übersteigen darf. Der Betrag von 50 M. fällt also für alle diejenigen Personen von der Bürgersteuer befreit, von denen nach dem Verhältnis zum fälligen Einkommen an dem gesamten Jahresertrag in dem Erhebungsjahr die Höhe der Bürgersteuer der allgemeinen Bürgersteuer nicht übersteigen darf.

Nach einem Ministerialerlaß vom 28. September 1932 macht der Reichsfinanzminister die Bemessung der Wohlfahrtsbeiträge auf die Gemeinden in Zukunft davon abhängig, daß die Gemeinde die Bürgersteuer mindestens in Höhe von 50 Prozent der reichsrechtlichen Mindesthöhe erhebt. Da die Stadt bei ihrer sehr schweren Belastung mit Wohlfahrtsleistungen auf die Reichshilfe, deren Höhe sich aus dem entsprechenden Betrag des Haushaltsplans für das Wohlfahrtsamt ergibt, unter keinen Umständen verzichten kann,

musste der Magistrat mitobeneben die Bürgersteuer für 1932 nach dem Reichsfinanzminister in 12 Monatsraten erhoben wird und für die Zeit vom 1. Januar 1933 bis zum 31. März 1933 noch in das Haushaltsjahr 1932 fällt, in Höhe des fünffachen Bundesjahres festsetzt.

Trotz dieser Erhöhung des Aufschlages, die für das Haushaltsjahr 1933 gegenüber dem dreifachen Bundesjahr — erhoben auf Grund der neueren Rotverordnungsbestimmungen, also ohne Frauenzuschlag usw. — ein Mehr von 16 000 M. ergibt, bleibt das Aufkommen der Bürgersteuer für das Rechnungsjahr 1932 hinter dem haushaltplanmäßigen Betrag noch um 57 500 M. zurück. Der Magistrat hat sich aber nicht entschließen können, einen höheren Zuschlag zur Bürgersteuer zu erheben, als er nach den Bestimmungen des Reichsfinanzministers zwingend vorgeschrieben ist, weil er bei der Zusammenlegung der Merseburger Bevölkerung eine weitere Belastung mit Bürgersteuer vermeiden wollte.

Im übrigen möchte der Magistrat noch darauf aufmerksam machen, daß bei Erhebung der Bürgersteuer mit dem fünffachen Bundesjahr sich eine absolute Mehrbelastung der Steuerpflichtigen mit Rücksicht auf die fast beständig eintretenden Erhöhungen bei der Bürgersteuer kaum ergibt. Das Fünftel des Bundesjahres ergibt für den Grundbetrag von 6 M. einen Steuerbetrag von 30 M. für das Kalenderjahr. Die Anspannung der Steuer mit 500 Prozent für das Kalenderjahr 1933 bedeutet gegenüber einem Steuerjahr von 300 Prozent für den Selbigen eine gewisse Mehrbelastung und für den Bezugszeitraum eine gewisse Entlastung.

Tragt die drei Freiheitspfeile!

Ämliche Bekanntmachungen der Stadt Merseburg

Nr. 41 Donnerstag, den 20. Oktober 1932

Ingeordneter

zur Sitzung der Stadterordnetenversammlung am Montag, dem 24. Oktober 1932, 18 Uhr, im alten Rathaus, Burgstraße 1.

- 1. Entlastung der Jahresrechnung für 1930
a) der Allgemeinen Verwaltung,
b) der Bauverwaltung,
c) des Rechnungswesen-Verwaltungsrates,
d) der Schlachthausverwaltung,
e) der Steuerverwaltung,
f) des Wohlfahrtsamtes,
g) der Stadtparlasse.
2. Entlastung der Gesamt-Kammereinschreiberechnung für das Rechnungsjahr 1930.
3. Genehmigung der rechtlichen Haushaltspläne für das Rechnungsjahr 1932:
1. Allgemeine Verwaltung,
2. Vermögens- und Schuldenverwaltung,
3. Ruhegehalts- und Hinterbliebenen-Verordnung,
4. Wohlfahrtsamt,
5. Schulverwaltung,
6. Bauverwaltung:
A — Allgemeine Verwaltung,
B — Hofbau,
C — Vermessungsamt,
D — Tiefbau,
E — Wasserbau,
F — Straßenbau,
G — Parkverwaltung,
7. Feuerwehrevverwaltung,
8. Polizeiverwaltung,
9. Grundbesitzverwaltung,
10. Steuerverwaltung,
11. Aufseherverwaltung,
12. Stiftungen und Vermächtnisse,
13. Kunst- und Denkmalverwaltung,
14. Vätervereins-Institut,
15. Bürgerliche Stipendienfonds.
4. Befreiung der Steuerpflichtigen für das Rechnungsjahr 1932.
5. Genehmigung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1932.

nung der Polizeiverwaltung vom 7. Juli 1925 — P. III. 140/25 — Amtsbl. der Stadt Merseburg vom 8. Juli 1925, Nr. 24 — in Höhe 3 000 M. geändert, daß am 1. Oktober 1932 der Betrag auf 15 000 M. erhöht wird. Die neue Verordnung bringt bei der Bürgersteuer zwei Maßnahmen, die voneinander getrennt werden müssen, nämlich die Einführung eines besonderen Steuerwertjahres im Kalenderjahr 1932, das nunmehr rechtlich als Erhebung der Bürgersteuer 1932 bezeichnet wird, und weiter eine

Umkehrung der Bürgersteuer für das Erhebungsjahr des Rechnungsjahres auf das Kalenderjahr. Die Bürgersteuer 1932 wird nunmehr in den

Monaten Oktober bis Dezember 1932 und die Bürgersteuer 1933 vom 1. Januar 1933 ab vorläufig in 12 Monatsraten eingezogen. Wichtig ist treten nach folgende Änderungen ein: Die Bürgersteuer 1932 darf nur in der Höhe der Hälfte des Steuerjahres erhoben werden, mit dem sie für das Rechnungsjahr 1931 eingezogen worden ist. Der Zuschlag von 50 Prozent, der nach den bisherigen Bestimmungen bei Verzinsungen für die Ehefrau zu machen war, bleibt unberührt. Die Steuerbeträge werden außerdem um 25 Prozent gekürzt. In den Fällen, in denen das Einkommen des Steuerpflichtigen im Steuerabchnitt 1931 gegenüber dem Einkommen im Steuerabchnitt 1930 um mehr als 50 Prozent zurückgegangen ist, ist die Bürgersteuer auf ein Drittel mindestens entsprechend den über 50 Prozent liegenden Hundertteilen des Einkommensrückganges zu ermäßigen.

Für die Bürgersteuer 1933 wird der Kreis der steuerpflichtigen Personen in der Rotverordnung neu umschrieben. Während bisher jede selbständige, auf eigene Rechnung lebende natürliche Person steuerpflichtig war, sind in Zukunft alle im Gemeindebezirk wohnenden natürlichen Personen steuerpflichtig.

- 11 1/2 Uhr, Annahme.
Donnerstag, den 27. Oktober 1932, von 15 bis 16 1/2 Uhr, Verkauf.
Anhebungs-genehmigung.
Die Stadt Merseburg beabsichtigt, längs des Kommunikationseweges Kapfenberg — Freienfeld als dritten Bauabschnitt der Stadtrastbahn 16 Eisenbahnen im unmittelbaren Anschluß an den zweiten Bauabschnitt gemäß der Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1932 (jeweils der Richtlinien zur vorläufigen Kleinbahnvergabe zu errichten und hat hierzu als Träger des Bauvertrages die Anhebungs-genehmigung beantragt.
Mit dem Bau der Eisenbahn beabsichtigt, daß gegen den Antrag von den Eigentümern, Pächtern und Gebrauchsberechtigten und Pächtern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Aufzählungsfrist von 21 Tagen, das ist vom 17. Oktober bis 6. November, bei dem Herrn Oberbürgermeister als Ortsverwalter der Stadt Merseburg Einspruch erhoben werden kann, wenn der Einspruch sich durch Tatsachen begründen läßt, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Anhebung den Schutz benachbarter Grundstücke aus der Hand- und Fortbewirtschaft, aus dem Gartenbau, der Jagd oder der Fischerei gefährdet werden.
Ein Einspruch liegt während der Einspruchsfrist im Geschäftsamt der Bauverwaltung, im Rathaus am Markt, 3 Treppen, Zimmer 32, aus.
Merseburg, den 14. Oktober 1932.
Der Oberbürgermeister als Ortsverwalter.
B. P. 281/32.
Abhaltung der Wohlfahrtsunterstützungen.
Mit der Abhaltung der Wohlfahrtsunterstützungen wird am Freitag, den 27. Oktober d. J., um 7.30 Uhr begonnen, und zwar:
ob 7.30 Uhr Nr. 1 — 850
" 8.15 " " 351 — 700
" 9.00 " " 701 — 1005
" 9.45 " " 1051 — 1400
" 10.30 " " 1401 — 1750
" 11.15 " " 1751 — 2100
" 12.00 " " 2101 — 2450
" 12.45 " " 2451 — 2800
" 13.30 " " 2801 — Ende.
Unterstützungsempfänger, die sich am Abhaltetag außerhalb der festgelegten Reihenfolge einfinden, werden von den Aufzählungsnummern getrennt und an den Behörden selbst abgeholt.
Merseburg, den 17. Oktober 1932.
IV. A/32.
Der Magistrat.

Kreis Querfurt

Der Zon macht die Muffe

Querfurt. Die Kommunisten geben hier wie an vielen anderen Orten eine sogenannte Stabteilung heraus. In diesem Blättchen kommt es den Kommunisten weniger auf Tatsachenberichterstattung an, als auf die Verherrlichung der Taten ihrer Zeitungen in Halle, Berlin und (sonst) wird auch hier das kommunistische Schimpfwerkzeug angewandt. Das dabei die SPD nicht glimpflich belächelt, ist bei den Kommunisten selbstverständlich. Was und zu ist auch einmal die Polizei zum Spielball genommen. In Querfurt spielen die Polizei und die Kommunisten keine gute Rolle zusammen; das mag Veranlassung sein, daß hier der Zon in der Stadtgerung

Schöne weiße Zähne

erhalten Sie bei höchstem Gebrauch von Chlorodont, bei Zahnpolier und höchster Qualität. Sparen in der Zahnpolier-Zahnbürste, und so ist ein Glanz und weissen Sie jeden Erfolg dafür.

Dallisches Stadttheater Die Brücke

Schauspiel von G. G. Kolbenheyer.

Wenn dieses Stück Brücke folgen soll zwischen den Generationen, die sich entfremdet gegenüberstehen, so muß man von vornherein die Feststellung machen, daß diese geistige Brücke lange nicht jene Stabilität besitzt, die in dem Schauspiel der Ingenieurin Susan Klein der von ihm erbauten Hölle-Brücke gegeben hat, die dem höchsten Höhepunkt handhelt. Kolbenheyer spielt in seinen Bühnenwerken eine besondere Rolle in seinen Händeln der Technik und der Technik. Vielleicht soll so der von dem Dichter propagierte moderne Nationalismus seinen Ausdruck finden. Das wäre ein Verstum. Denn trotz der Jugend der Ingenieurin Susan Klein, wenn die junge Generation nur verachtet würde durch Menschen, wie sie Kolbenheyer zeichnet: Ein junger Ingenieur, der aus dem Proletariat hervorgegangen ist, aber geistig keinen Anknüpfungspunkt gefunden hat; ein adliger Privatbankier, dessen Tätigkeit und Wert in der Familie Klein nächsten Bedeutung ist und dessen Kerkern in einer Stunde der Gefahr verfallen, schließlich die Tochter Klein, die zwar als künstliche Affenspinne tätig ist, ohne deshalb überzeugend Gedanken der jungen Generation zum Ausdruck zu bringen. Im Gegenteil, die Kommissare, die sie der Großmutter mocht, sind durchaus in früheren Jahrzehnten von konventionellen Philosophen und Dichtern den bewundernswürdigen Jungen gemacht worden: Eine Wissenschaft, ein überprüfbares Spezialintiment, dem

Wohlfel von Kadenbachingen unterworfen oder befreit werden in der Nacht nach dem Tod. Eine Wissenschaft: Kadenbachingen und Kadenbachingen. Die Politik, ein Weltbeträger des höchsten und persönlichen Einiges, vollstrebend, gelegentlich und zu Literatur? Die wenigstens hätte und das innere Gefühl öffnen sollen? Was hat ihr da gefehlt und gerufen? Alle Verleumdung und Erbitung des Gemütes. Was ist das um und auf einer Dichter gewesen? Sexualität, Gerichtigkeit der Generation, Verschwendung und Vertilgung der Ehe, Verherrlichung aller äußeren Elemente der menschlichen Gesellschaft. Das hat auch gefallen, das hat ihr Dichtung gegeben. Welche Kritik einer vergangenen kapitalistischen Zeit hat man schon häufig in nationalsozialistischen Feuilletons gelesen. Die schärfsten munde Entartung der wissenschaftlichen Periode zwar ganz richtig, aber keinen Ausweg. In der Verurteilung der nationalsozialistischen Periode verfallen sie, daß erst durch die wissenschaftliche Behandlung gesellschaftlicher und sozialer Missstände in Drama und Roman die Bahn freigelegt wurde für eine neue bessere Kultur. So war es nicht ohne Lust an der Verherrlichung aller äußeren Elemente der menschlichen Gesellschaft, sondern im Gegenteil künstlerischer Aufwand im besten Sinne des Wortes, der diese vorangegangene junge Generation befehle. Das wollen natürlich die Teile der heutigen Jugend, deren Deros Wolf Hiltel ist, nicht verstehen, wie sie andererseits nicht begreifen können, daß die von der jungen Klein angelegte frühere Wissenschaft, Wirtschaft und Politik eine notwendige Stufe der kapitalistischen Entwicklung war. Wie folgt man kann und man muß sogar als moderner Mensch diese wissenschaftliche Epoche beurteilen, aber man muß dann

auch ein klar umrissenes Programm einer neuen Zeit in sich tragen. Das aber ist bei der Kolbenheyer'schen Jugend nicht der Fall.

Und seine alte Generation? Ingenieur Klein (jemandem zum „realen Zusammenhängen aus einer Fortschrittlichkeit“. Er nennt sich selbst rühmend, sehr rühmend. Denn er will seine Tochter als eines tüchtigen Menschen Frau sehen. „Eine Familie will ich haben, der sie ein Heim schenkt. Einmal will ich haben, keinen weichen Doktor, keine Affenspinne an einer Zahnstange, denn die Natur habe den Frauen einen fruchtbareren Schatz, nämlich die Brust und Instinkt für Familie angehängt.“ Klein selbst ist der Typ der vorangehenden Generation, die sich einerseits in niedrigen Gremienmenschen erging und andererseits seine Gremienmenschen durch romantische Wäpfele zu bezeichnen lud. Deshalb kann er auch ganz im Lohne Adolf Hiltel zu der (Kolbenheyer'schen) Jugend vor dem verlorren, was die anderen vor ihnen geschaffen haben. Der Glanz an die Zukunft wird nicht schöpferisch, wenn er auf dieser Welt beruht.“ Schöne Worte, bei denen sich ein Teil des Publikum in zustimmendes Kopfnicken verliert, aber keine fruchtbareren und auswegreichen Gedanken.

Somit ist zu diesem Kolbenheyer'schen Stück nicht viel zu bemerken. Manches erinnert in Technik und Worten an Hermann Sudermann, nur daß dieser es viel besser verstand, ein spannendes Theaterstück zu schreiben. Kolbenheyer verfaßt, die mangelnde Bühnengestaltung durch weisheitvolle (scheinbare) Worte zu überbrücken, was ihm allerdings nur selten gelingt. Hans Alva hatte die Ingenieurierung über-

nommen. Er hielt sich nicht strikt an die Vorgaben des Dichters, erwiderte dadurch aber eine Bemerkung der Kolbenheyer'schen Jugend, die die Kolbenheyer'sche Handlung, soweit man von einer solchen bei diesem Stück sprechen kann. Hans Alva spielte auch den Ingenieur Klein. Das ist hier keine geschlossene Charakter darstellten konnte, liegt wohl in der Dampfkraft an Kolbenheyer, der in diesen jungen Ingenieur eine eigenartige Mischung proletarischer Unkultur, naturhaftesten Empfinden, unromantischer Sozialität und feinstiller Gefühlsfähigkeit gegeben hat. Schopenhauer's Egen Eisenlohr als Ingenieur Klein. Allerdings mehr von romantischer Weichheit befehle als starkem Verneinungsentwurf, so daß der Komflikt mit seinem Ingenieur Rufum nicht ganz glanzvoll wird. Eine lebenswichtige Idee Dame Elena Alva als Schopenhauer'sche Freundin, die ihre Altersschwächen in erträglicher Weise dem Männer bzw. an die Enkelin bringt. Gezielte Schmeichelei konnte natürlich aus der verzerrten Tochter Klein's kein allzu sympathisches Mädchenfiguren machen, vielleicht würde ihr das zum Teil gelingen, wenn sie die Unterstellung über die Ehe mit dem Privatbankier, die nur als Prüfung für diesen Erben gedacht ist, als solche etwas glaubwürdiger gefaltet würde. In zwei Nebenrollen betätigen sich Robert Rosen als der geistig und leicht nicht lösende Privatbankier und Sarah von Anderten als Verführer'sche Toos, einem ausgeprägten Typen. Feingeborenen hatte ein Schicksalsspiel mit modernem Einschlag in glanzvoller Art auf die Bühne gestellt.

Am Schluß erging sich das Publikum nach einer kleinen Ueberrumpelung auf eine letzten Beschlus der Darsteller.





